Schleswig-Holstein

Open-Source-Strategie veröffentlicht

[26.11.2024] Schleswig-Holstein hat seine Open-Innovation- und Open-Source-Strategie vorgestellt. Geplant sind unter anderem konkrete Schritte hin zum digital souveränen IT-Arbeitsplatz der Landesverwaltung und die Beteiligung an der Deutschen Verwaltungscloud.

Das Land Schleswig-Holstein hat seine Open-Innovation- und Open-Source-Strategie veröffentlicht. Diese unterstreiche den Anspruch, die digitale Souveränität ganzheitlich zu betrachten, ihre hohe Relevanz für die Verwaltung hervorzuheben sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gleichermaßen einzubeziehen, so die Landesregierung. „Ohne reibungslos funktionierende, digitale Systeme wäre die öffentliche Verwaltung heutzutage nicht arbeitsfähig. Sie benötigt verlässliche IT-Komponenten, deren Anschaffung Wahlfreiheit, Anpassungsmöglichkeiten, Wettbewerb und die Kontrolle über die eigene digitale Infrastruktur garantiert“, sagt Digitalisierungsminister Dirk Schrödter. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die technologische Souveränität des Staates habe höchste Priorität beim Einsatz von Software-Lösungen. Die Sicherstellung der digitalen Souveränität sei daher mindestens so wichtig wie die Energiesouveränität, so der Minister.

Vielfältige Anbieterlandschaft, offene Standards

Öffentliche Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen nutzen derzeit größtenteils Software von wenigen großen, proprietären, Anbietern – woraus sich starke Abhängigkeiten entwickelt haben. Schleswig-Holstein ist nach eigenen Angaben das erste Bundesland, das mit seiner Open-Innovation- und Open-Source-Strategie einen neuen nachhaltigen Weg für die IT-Infrastruktur verfolge, um Verwaltungsaufgaben selbstständig und sicher in der digitalen Welt auszuführen. Die Unabhängigkeit von einzelnen IT-Anbietern und damit die Sicherstellung der digitalen Souveränität werde, so Schrödter, durch eine vielfältige Anbieterlandschaft, offene Standards und Open-Source-Systeme gewährleistet. Der Zwang, Hersteller-Cloudsysteme zu verwenden und die damit einhergehenden erheblichen Lizenzkosten seien weitere schwerwiegende Gründe, sich mit alternativen IT-Systemen auseinanderzusetzen. Open Source Software sei, so Schrödter, eines der wichtigsten Werkzeuge, um Souveränität zu schaffen.

Der Zeitpunkt ist günstig

Die Voraussetzungen für einen Umstieg könnten zudem kaum besser sein, konstatiert der Minister. „Der Trend zum kollaborativen ortsunabhängigen Zusammenarbeiten in der Cloud biete die Chance, digitale Souveränität zusammen mit einem grundlegenden Wandel in der Arbeitskultur anzustreben. Bereits im Frühjahr hatte die Regierung die Einführung von LibreOffice als Standard für 25.000 IT-Arbeitsplätze der Landesverwaltung beschlossen. Die nun veröffentlichte Strategie beschreibt weitere Maßnahmen hin zum digital souveränen IT-Arbeitsplatz – darunter der Umstieg auf das Betriebssystem +1.Linux, auf das Open-Document-Dateiformat ODF, auf eine Open-Source-Kollaborationsplattform auf Basis von Nextcloud, auf die Groupware Open-Xchange sowie auf digital souveräne Basisdienste, Fachverfahren und dem Telefoniesystem.

Aufbau einer OS-Vermittlungsstelle

Weitere Handlungsfelder innerhalb der Strategie sind der Aufbau eines Open-Source-Programm-Offices (OSPO) in der Landesverwaltung, das zwischen dem zentralen IT-Management und anderen OS-Stakeholdern vermittelt sowie die Förderung des DigitalHub.SH, der die Bedarfe des öffentlichen Sektors und Ideen aus der Digitalwirtschaft verknüpfen soll. Im Sinne des offenen Verwaltungshandelns fördert die Landesregierung zudem den verstärkten Einsatz von unabhängig überprüfbarer Hard- und Software und Open-Source-Technologie. Vorgesehen ist auch eine Beteiligung an der Deutschen Verwaltungscloud und das Ziel, dem Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS) beizutreten. Der Digitalminister versicherte, der Umstieg für die Mitarbeitenden solle „so reibungslos wie möglich“ verlaufen und zudem durch Schulungen unterstützt werden.

(sib)

• Mehr Informationen und Download der gesamten Open-Innovation- und Open-Source-Strategie des Landes Schleswig-Holstein

Stichwörter: Politik, Open Source, Schleswig-Holstein